



Beschlussvorlage

Amt: Amt für Stadtplanung und -entwicklung

TOP: _____

Vorl.Nr.: V/2022/3277

Anlage Nr.: _____

Datum: 19.01.2022

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Ausschuss für Mobilität	09.02.2022	öffentlich

Tagesordnung

Beitritt zur Städte-Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“

Beschlussvorschlag

Der Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hennef zu beschließen:

Die Stadt Hennef schließt sich der Städte-Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ an und unterstützt die im Positionspapier formulierten Ziele:

1. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem Ziel, die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen.
2. Wir sehen Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr auch auf Hauptverkehrsstraßen als integrierten Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen Mobilitätskonzepts und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume.
3. Wir fordern den Bund auf, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Kommunen im Sinne der Resolution des Deutschen Bundestags vom 17.01.2020 ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten.
4. Wir begrüßen ein vom Bund gefördertes begleitendes Modellvorhaben, das wichtige Einzelaspekte im Zusammenhang mit dieser Neureglung vertieft untersuchen soll (u. a. zu den Auswirkungen auf den ÖPNV, zur Radverkehrssicherheit und zu den Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz), um ggf. bei den Regelungen bzw. deren Anwendung nachsteuern zu können.

Begründung

Die neue Bundesregierung hat eine Überarbeitung der Straßenverkehrsgesetze und der Straßenverkehrsordnung in Aussicht gestellt. Die Straßenverkehrsordnung in ihrer jetzigen Fassung erweist sich vielfach als Hindernis um durch geeignete Maßnahmen der örtlichen Straßenverkehrsbehörden, die einseitige Privilegierung des Autos zu Gunsten des Umweltverbundes abzubauen. Der Regelungszweck des Straßenverkehrsrechts sollte daher dahingehend erweitert werden, dass er neben der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden auch Belange des Klima- und Umweltschutzes, des Lärmschutzes, des Gesundheitsschutzes und

stadtplanerische Belange umfasst. Das betrifft insbesondere die Generalklausel des § 45 StVO. Dies würde z.B. bedeuten, dass keine besondere Gefahr mehr nachgewiesen werden müsste, um verkehrsbeschränkende Maßnahmen vorzunehmen.

Die Städte-Initiative fordert: „Die Städte und Gemeinden brauchen einen neuen straßenverkehrsrechtlichen Rahmen, der es ihnen ermöglicht, Tempo 30 als verkehrlich, sozial, ökologisch und baukulturell angemessene Höchstgeschwindigkeit dort anzuordnen, wo sie es für sinnvoll erachten - auch für ganze Straßenzüge im Hauptverkehrsstraßennetz und ggf. auch stadtweit als neue Regelhöchstgeschwindigkeit.“

Es geht an dieser Stelle vorrangig um die Schaffung eines größeren Handlungs- und Entscheidungsspielraum für Kommunen, entsprechende Regelungen selbstständig zu treffen.

Die Diskussion u.a. im Ausschuss für Mobilität, aber auch viele Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern zeigen, dass ein großer Wunsch nach diesem Entscheidungsspielraum bezüglich verkehrsbeschränkender Maßnahmen in Hennef besteht. Aus diesem Grund sollte sich die Stadt Hennef der Initiative anschließen.

Auf das beigefügte Positionspapier wird verwiesen.

Zur Kenntnis ist ein Schreiben des Bürgermeisters an den Bundesminister für Digitales und Verkehr vom 20.12.2021 mit gleicher Zielrichtung beigefügt.

Hennef (Sieg), den 19.01.2022

Mario Dahm
Bürgermeister